Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 16.11.2026
Ltg.-1153/XX-2026

ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ

ARBEITER-SAMARITER-BUND ÖSTERREICHS

# Eingabe an den NÖ Landtag

gem. §41 der Geschäftsordnung LGO 2001

des **Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Niederösterreich**, und
des **Arbeiter-Samariter-Bundes Österreichs, Landesverband Niederösterreich**

## Rettungswesen braucht Sicherheit und Verlässlichkeit. Keine weiteren Verzögerungen!

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Sicherheit und Gesundheit der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher dürfen nicht zum Spielball parteipolitischer Auseinandersetzungen werden. Unsere Landsleute müssen sich darauf verlassen können, im Notfall rasch und bestmöglich versorgt zu werden. Dafür braucht es ein leistungsfähiges Rettungswesen, klare organisatorische Rahmenbedingungen und vor allem eine gesicherte Finanzierung.

**Seit dem Jahr 2021** bereiten sich das Rote Kreuz und der Arbeiter-Samariter-Bund in Niederösterreich in enger Abstimmung mit dem zuständigen Mitglied der NÖ Landesregierung auf die Weiterentwicklung des Rettungswesens vor. Dabei nehmen bereits seit damals hochausgebildete Notfallsanitäter und Notfallsanitäterinnen eine zentrale Rolle im künftigen Zielbild ein. Der Gesundheitsplan 2040+ hat die Systemziele lediglich verschriftlicht und in den Gesamtkontext einer umfassenden Strukturreform im Gesundheitswesen gesetzt. Aus Sicht der Rettungsorganisationen ist also die Umstellung des Rettungswesens auf ein zeitgemäßes, abgestuftes System nicht nur im Zusammenhang mit dem Gesundheitsplan zu sehen, sondern in Wirklichkeit Teil einer bereits vor fünf Jahren gestarteten umfassenden Reform, die bis dahin fernab des medialen Rampenlichts vorbereitet wurde und in Teilen bereits umgesetzt sind – ohne, dass eine Verschlechterung der Notfallversorgung wahrnehmbar wäre. Die neuen Strukturen sind gut erprobt und funktionieren. Wir weisen daher dezidiert darauf hin, dass eine politische Vereinnahmung dieses Themas falsch ist, und appellieren an alle Parteien im NÖ Landtag, Gesundheitspolitik und insbesondere das Notfall- und Rettungswesen – **wo es ausschließlich um rasche qualifizierte Hilfe in Notsituationen geht** – aus dem politischen Tagesgeschäft zu halten. Alle involvierten Akteure, die an dieser Reform arbeiten, stellen einzig und allein das Wohl der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt und setzen nur gut überlegte und geprüfte Schritte.

Als Konsequenz aus den Vorarbeiten in den Vorjahren und den veröffentlichten Zielbildern des Gesundheitsplans wurde am 16. Dezember 2025 der endgültige Zeitplan für die Umsetzung der neuen Strukturen mit spätestens 1. April 2027 vereinbart. Seither arbeiten unsere Organisationen mit Hochdruck daran, die letzten notwendigen personellen, organisatorischen und infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen.

**Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Jetzt ist die Politik am Zug!**

Die beiden noch ausstehenden Finanzierungs- und Organisationsverträge für den Rettungsdienst und das Notarztwesen sind fertig ausverhandelt und wurden von den zuständigen Gremien unserer beiden Organisationen bereits beschlossen. Was weiterhin fehlt, ist die notwendige Beschlussfassung von zwei abschließenden Verträgen zur Finanzierung und Organisation des Rettungswesens ab dem 1. April 2027 durch die Niederösterreichische Landesregierung. Beide Verträge müssen aus unserer Sicht gemeinsam beschlossen werden, da sie ineinandergreifen.

Ursprünglich war vereinbart, dass diese Verträge mit spätestens 1. April 2026 durch die zuständige Landesrätin vorgelegt und in der NÖ Landesregierung beschlossen werden – dieses Datum wurde nun bereits deutlich überschritten, weshalb diese offizielle Protestnote aus unserer Sicht notwendig wird. Diese Verzögerung gefährdet die notwendige Planungs- und Finanzierungssicherheit für unsere Organisationen und damit letztlich auch die verlässliche Versorgung der niederösterreichischen Bevölkerung.

Wir ersuchen daher die NÖ Landesregierung und die Parteien im NÖ Landtag um:

1. **Die unverzügliche Vorlage der fertig ausverhandelten Finanzierungs- und Organisationsverträge** durch die zuständige Landesrätin zur Beschlussfassung in der Niederösterreichischen Landesregierung.
2. **Eine rasche Beschlussfassung beider Verträge**, damit die Finanzierung und Organisation des niederösterreichischen Rettungswesens rechtzeitig und verbindlich sichergestellt werden.
3. **Die Einhaltung des vereinbarten Zeitplans zur Umsetzung der neuen Strukturen spätestens mit 1. April 2027.** Eine weitere Verzögerung darf nicht ohne fundierte fachliche Begründung erfolgen.
4. **Ein Ende der parteipolitischen Auseinandersetzungen auf dem Rücken des Rettungswesens.** Wir erwarten von allen politischen Verantwortungsträgern eine sachliche Diskussion und Entscheidungen im Interesse der Versorgungssicherheit.

Die Vorbereitungen zur Weiterentwicklung des Rettungswesens sind bereits weit fortgeschritten. Unsere Organisationen haben erhebliche Vorleistungen erbracht. Personal, Ausrüstung und Organisationsstrukturen werden auf die neuen Anforderungen vorbereitet. Ein neuerliches Infragestellen oder Aufschieben der vereinbarten Reform würde diese Bemühungen gefährden und zusätzliche Unsicherheit schaffen.

Wir ersuchen, die gegenständliche Eingabe gemäß §41 Absatz 1 LGO 2001 dem sachlich zuständigen Ausschuss des NÖ Landtages zuzuweisen. Der Ausschuss wird ersucht, die dargestellte Angelegenheit zu behandeln und die weiteren notwendigen Schritte zur endgültigen Einführung der neuen Strukturen im Rettungswesen bis 1. April 2027 zu setzen bzw. darauf bei den zuständigen Stellen in der NÖ Landesregierung hinzuwirken.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer leisten im Rettungsdienst tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Sie verdienen klare Rahmenbedingungen, Respekt, Wertschätzung, Verlässlichkeit und klare politische Entscheidungen. **Wir appellieren daher eindringlich an alle im Niederösterreichischen Landtag vertretenen Parteien, ihrer Verantwortung für die Zukunft des Rettungswesens gerecht zu werden und auf eine umgehende Lösung hinzuwirken.** Denn eines muss außer Streit stehen: Im Notfall zählt jede Minute. Bei der Absicherung unseres Rettungswesens darf deshalb keine weitere Zeit verloren gehen.

**Präsident Hans Ebner**
Österreichisches Rotes Kreuz,
Landesverband Niederösterreich

**Präsident Hannes Sauer**
Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs,
Landesverband Niederösterreich

St. Pölten, 19. November 2026